



09.02.2012

Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt industriepolitische Debatte im Bundestag

Die heutige industriepolitische Debatte im Deutschen Bundestag war „längst überfällig“, kommentiert Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Düsseldorf. „Es ist höchste Zeit, dass die Parlamentarier den Wert und die Bedeutung der industriellen Wertschöpfungsketten in den Mittelpunkt rücken. Schließlich ist es die Industrie, die die Grundlage für Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes schafft“, so der Verbandspräsident. Nach den Beratungen seien jetzt aber Entscheidungen notwendig, um mehr Innovationsperspektiven zu eröffnen.

„Wenn die Werkstoffindustrien, wie auch die Stahlindustrie künftig ihren Beitrag zur nachhaltigen Wertschöpfung der Wirtschaft unseres Landes erbringen sollen, dürfen sie nicht durch die Energie- und Klimapolitik in die Kostenzange genommen werden.“ Europäische und nationale Maßnahmen lasten doppelt schwer auf der Stahlindustrie. Die angekündigte Schließung der Edelstahlproduktion in Krefeld hänge auch mit den hohen Energiepreisen zusammen und sei eine dramatische Warnung. „Wir brauchen auch mit einer neuen Energiepolitik weiterhin wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, z.B. muss der Strombezug bezahlbar und sicher sein. Die Energiewende darf den energieintensiven Industrien in Deutschland nicht den Boden entziehen“, so Kerkhoff.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 92.000 Mitarbeiter.

Rückfragen

Beate Brüninghaus

Fon + 49 211 6707-115 oder -116 · beate.brueeninghaus@stahl-zentrum.de